

## **Einwendungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden im Raumordnungsverfahren zur Netzanbindung geplanter Offshore-Windenergieanlagen**

Von Rechtsanwalt Dr. Holger Spreen, Hannover/Osnabrück

Wohl nur wenige Großvorhaben sorgen bereits lange vor ihrer Realisierung für derart viel Unruhe, wie sie zur Zeit ein Projekt im Westen Niedersachsens bewirkt: die Netzanbindung geplanter Windparks auf hoher See und der dann notwendige Neubau von Hochspannungsleitungen. Auch wenn noch gar nicht feststeht, ob überhaupt und ggf. wie viele Offshore-Windparks gebaut werden, so ist eines bereits sicher: Die Leitungstrassen zum Abtransport des Stroms dürften für erhebliche Probleme sorgen, und zwar bereits im Raumordnungsverfahren zur Überprüfung der Verträglichkeit mit anderen raumbedeutsamen Nutzungen. Seit Monaten halten diese Planungen Städte und Gemeinden in der Region in Atem. Da die Bundesregierung in naher Zukunft einen nennenswerten Teil des deutschen Energieverbrauchs mithilfe von Offshore-Windenergieanlagen in der Nordsee decken will, werden neue 380 KV-Leitungen gebraucht. Davon betroffene Kommunen befürchten dauerhafte Beeinträchtigungen für sich und ihre Bürger. Eine größere Zahl von Protesten und Ratsresolutionen verdeutlichen bereits, dass die Genehmigungsverfahren nicht gerade einfach werden dürften.

Im Raumordnungsverfahren haben Städte und Gemeinden erstmals konkret die Möglichkeit, auf ihre Bedenken hinzuweisen, sie werden als Träger öffentlicher Belange daran beteiligt. Im Anschluss entscheidet die Landesplanungsbehörde durch Landesplanerische Feststellung über die raumordnungsrechtliche Zulässigkeit des geplanten Freileitungsbaus. Resolutionen machen allerdings bereits jetzt deutlich: Nur der Einsatz von erdverlegten Kabeln findet kommunale Zustimmung.

Der Beitrag verdeutlicht, welche Einwirkungsmöglichkeiten Städte und Gemeinden im Raumordnungsverfahren haben, und was es dabei zu beachten gilt.